Die Rolle des Sozialarbeiters in der künftigen Gesellschaft

Die Rolle des Sozialarbeiters
in der künftigen Gesellschaft

Vorträge, Diskussionen und Arbeitsgruppenberichte der
AW-Sozialarbeitertagung vom 19. bis 22. Mai 1988 in
Braunschweig

Herausgeber:
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Bonn, Ollenauer Str. 3
### INHALTSVERZEICHNIS

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kapitel</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Vorwort</td>
<td>5</td>
</tr>
<tr>
<td>Tagungsbericht</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td>Referat Prof. Dr. Klaus Mollenhauer:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sozialarbeit im Spannungsfeld gesellschaftlicher Konflikte</td>
<td>7</td>
</tr>
<tr>
<td>Aspekte eines zukünftigen Selbstverständnisses</td>
<td>8</td>
</tr>
<tr>
<td>Podiumsdiskussion:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Die Rolle des Sozialarbeiters in der künftigen Gesellschaft</td>
<td>14</td>
</tr>
<tr>
<td>Referat Dr. Gerhard Wilhelm Brück:</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Aspekte sozialer Planung</td>
<td>29</td>
</tr>
<tr>
<td>Diskussion des Referates von Dr. Gerhard Wilhelm Brück</td>
<td>36</td>
</tr>
<tr>
<td>Arbeitsgruppenberichte</td>
<td>39</td>
</tr>
<tr>
<td>Schlusswort</td>
<td>53</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Druck: Michael Litterscheid, Bonn, Sanctir. 30
Vorwort


Den vollen Wortlaut der mit Ernst und Leidenschaft vorgetragenen Ausführungen für und gegen die Thesen des grundlegenden Referates von Professor Klaus Mollenhauer in diesem Heft zu bringen, ist leider nicht möglich. Die in Übereinstimmung mit den Diskussionsteilnehmern vorgenommenen Kurzungen der Podiumsdiskussion, der Plenumsdiskussion und der Arbeitsgruppenberichte enthalten jedoch den wesentlichen Inhalt der Aussagen.


Lotte Lønke
Vorsitzende des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt
An der am 21. Mai nachmittags von Professor Klaus Mollenhauer geleiteten Podiumsdiskussion beteiligten sich:

Wolfgang Bährle, Oberstudienrat des Sozialpädagogischen Instituts Hamburg
Dr. Erdmuthe Falkenberg, Leiterin des Landesjugendamtes Hessen in Wiesbaden
Dieter Freier, Dozent am Sozialpädagogischen Seminar Dortmund
Dr. Arno Kozma, MdB, Sozialpolitik beim Senator für Familie, Jugend und Sport
in Berlin
Stefan Pel, Sozialarbeiter aus Düsseldorf
Peter Wöll, Bezirksjugendpfleger in Berlin

Dicht gedrängt saßen die mit großer Aufmerksamkeit die Diskussion verfolgenden Sozialarbeiter, als in der Podiumsdiskussion folgende durch das Hauptreferat ausgelöste Problemkreise erörtert wurden:

— Was ist der politische Ort bzw. der politische Aspekt der Rolle des Sozialarbeiters?
— Ist Sozialarbeit primär Recherche sozialer Unterprivilegierung oder Beobachtung von erzieherischen bzw. seelisch-geistigen Notstand und Konflikten, die in allen sozialen Schichten vorkommen?
— Solidarisation des Sozialarbeiters mit seinen Klienten und dessen Konflikten oder Hilfe zur Anpassung an die bestehende (»kapitalistische«) Gesellschaftsordnung?
— Wie steht das Rollenkonzept aus angesichts der Loyalitätskonflikte in jedem Sozialarbeiter?
— Wie steht es mit der aufklärenden Funktion der Sozialarbeit im Hinblick auf den Klienten?

Als Professor Mollenhauer die Diskussion für das Plenum eröffnete, ergingen zunehmend junge Sozialarbeiter das Wort, die besonders auf die Tatzeile der aus kollektiven Dichten unserer Gesellschaftsordnung herrührenden Konflikte hinwiesen und von daher politischen Engagement des Sozialarbeiters forderten.


Sozialarbeit im Spannungsfeld sozialer Konflikte –
Aspekte eines zukünftigen Selbstverständnisses

Von Professor Dr. Klaus Mollmann, Kiel

Das Selbstverständnis der Sozialarbeiterin hat sich lange Zeit ausgedrückt in der Formel, Sozialarbeit sei persönliche Hilfe für den sozial schwachen Mitbürger. Die Leistungs-
fähigkeit dieser Formel ist jedoch vor allem durch dreifache Tendenzen der jüngsten Ent-
vicklung in Frage gestellt:

1. Durch die zunehmende Arbeitstellung innerhalb der Sozialarbeit, die Formeln eines so personalisierten Charakters als nicht mehr sinnfällig erkennen lassen.

2. Durch die zunehmende Professionalisierung der Sozialarbeit, die mit der Arbeits-
teilung einhergeht und die ein Berufsbewusstsein zur Folge hat, das sich an erlernten Berufsfähigkeiten orientiert und damit Formeln unverwüstlich erscheinen läßt, die den morastischen oder affektiven Appell auf Kosten solcher erlernten Verfahren betonen.

3. Schließlich ist die Formel problematisch geworden angesichts einer absehbar vorliegenden Generation von Sozialarbeitern, die prinzipiell mit solchen Formeln und die in ihnen angesprochenen sozialphilosophischen oder moralischen Appelle sich nicht mehr identifizieren können oder will.

Auf diese Weise entstehen innerhalb der Sozialarbeit selbst Spannungen, und zwar in einer doppelten Hinsicht: Spannungen zwischen dem gegenwärtigen Status der Sozial-
arbeit und ihrer eigenen Vergangenheit und Spannungen im gegebenen System von Sozialarbeit selbst. Denn natürlich ist Arbeitsstil nicht nur ein Prozeß, der gesell-
chaftliche Reibungsflächen vermindert, sondern zugleich ein Prozeß, der neue Reibungs-
flächen hervorbringt. Formulien dies noch abstrakter, dann könnte man zu einer Definition gelangen, von der Wolfgang Bürner bei einer Erörterung der gesellschaft-
lichen Situation der Sozialarbeit ausgeht. Diese Definition oder Bestimmung von Sozial-
arbeit lautet: »Die Sozialarbeit leistet als sozial Institution einen Beitrag zur Milderung von Spannungen, und zwar zur Milderung von Spannungen, die zwischen

Gruppen bestehen können.« Ich nahme diese Definition als Ausgangspunkt für den zweiten Abschnitt meines Referats.

Der gesellschaftliche Ort der Sozialarbeit

Bürner hat mit dieser Formel zeigen können, wie fruchtbar es sein kann, mit einer Tat
der Arbeit, sich nicht nur den Leitlinien der Sozialarbeit folgen, sondern in der Phasenverteilung, am sozialen Verständnis, um Anpassungsprobleme. Und zwar die räumlicher gesellschaftlicher Veränderungen weit über die Kategorien hinaus, die es in elterlichen Händen, der Herkunft, benachteiligt sind. Der Sozialarbeiter ist so oft in der Lage, mit den Gemeinschaften, die sich in ausgesprochenen Spannungen, mit nachträglichen Anpassungsprozessen zu tun, und es hat sich auch zu tun arbeit zu, in den verschiedenen, unter ihrem Namen zusammengefaßten Berufen, dem

und andern Formen der Hilfeleistung, die wir eher im 19. Jahrhundert lokalisierten würden

von Anzweck der Bürner und die Wahl eines solchen definitiveren Ausgangspunkt.

Analyse einer ganz bestimmten Problembereich beruhen, und in der einen auf der aggressiven Gesamtheit interaktion. Insofern also sicher mir als nicht unbedingt zu sein. Zweiseitig abzuleiten sich von dieser Ausgangspunkt bei der ein solcher Ansatz abläuft, und das wäre mein Einwänden, verdeckt jedes die gesellschafts-
Bürners Betrachtungswinkel in technisch-funktionale, sie steht das gesellschaftliche System

stimmung irgendwo und irgendwann einmal hergestellt werden muß. Er steht den Zu-

sammenhang der Gesellschaft etwa, wie man den Zusammenhang eines rationalisierten Industriebetriebes sehen könnte, in dem es auch gewisse Reste von nach nicht modernis-

ierten Bestandteilen gibt. In dem Maße, in dem die Modernisierung solcher Bestandteile

geht, wird – so wird hier abgesehen – dann auch die Gesamtleistungsfähigkeit steigen,

und die Funktionen der Gesamtsystem befriedigender werden.

Das hier und andeutende politisch-widersprüchliche Charakter der Sozialarbeit steht nicht erst seit heute in ihr, sondern ist bereits an ihren Anfängen erkennbar. Was bedeutet es

ebenbei, daß des frühe Selbstverständnis der Sozialarbeit im Begriff der »Nothilfe«

seiner Aussage fasziniert. In diesem Formel steht immer ein Vorwurf der Gesellschaft gege-

ben. Es steht darin die Rücksichtnahme, daß es sich um eine Gesellschaft handelt, in der

Menschen immer wieder in Not geraten, um eine Gesellschaft, die sich in einem prin-

ziell unbefriedgenden Zustand befindet.

Hier dient die Formel »Sozialarbeit als Nothilfe« auch etwas Doppeldeutigkeits sie ist

nicht so eindeutig und nie so eindeutig gemeint gewesen, wie es einfachen könnte, wenn

ich Sozialarbeit als Nothilfe bestimmte, kann ich sie sehr wohl auch als das kreative Instrument der herangezogenen Gruppen zur Befriedigung und Beruhigung der sozialen

schwachen Schichten verstehen. Ich kann sie in dieser Formel verstehen als ein Instrument, das den Vorhandensein solcher Schichten der Gesell-

schaft gestellt ist, nicht ist, sondern nur ertragreich macht. Die moderne Variante dieser

ideologischen Figur, die in der Sozialarbeit des 19. Jahrhunderts ihren vielleicht am deut-

lichsten erkennbaren Ort hatte, ist »Sozialarbeit als Anpassungshilfe in Konflikten«.

In einem solchen Verständnis bleibt das gesellschaftliche Gesamtsystem, die Sozialarbeit immer wieder belastungswertes notwendig macht, völlig unhörbar. Es bleibt un-

verständlich, die Tatsache der ungerechten Verteilung der Lebenschancen, es bleibt un-

verständlich, daß es das Ziel ist, und unangemessen das gute Gewissen der Gesellschaft, das politische Probleme, das von der Tatsache der Sozialarbeit nicht zu trennen ist. Charakteristisch für ein soles politisches Selbstverständnis der Sozialarbeit ist ein Sitz von Pfaffenberger: »Die eigentlich natio-

nen Erleichterungsschaltung der Fortschritt der Sozialarbeit ist sehr von politischer Bedeutung. Der politische zentral ist für sie der Standort einer Gesellschaft auf dem durch die Industrialisierung ausgelösten Entwicklungsweg zur Industriellen Massengesellschaft. Hierin unterscheiden sich einzelne Gesellschaften; und was die eine an der anderen als andenartig und fremd anspricht, ist im wesentlichen das andere Entwicklungssystem im gleichen Weg der Wande-

rungsprozesse.« Auch hier wird so getan, als handle es sich bei »Gesellschaften« um eine

etwa erweiterte Form arbeitsteilig zu regierender industrieller Industriebetriebe. Das Problem der Sozialarbeit besteht nicht daran, die Anpassungsverhältnisse effektiver zu gestalten, weniger Entscheidungen aufkommen zu lassen, dem einzigen ein größeres Maß subjek-

tiver Befriedigung im sozialen System zu vermitteln. Bei Pfaffenberger erscheint es

zudem so, als sei die amerikanische Gesellschaft selbstverständlich den europäischen um einige Lücken voraus und als erstbeste das Problem der Sozialarbeit als Beruf bei uns in nicht anders als einem möglichst rasch Nachholen derjenigen zukünftig, die uns im Vergleich mit den Vereinigten Staaten deutlich werden. Hier wird gar nicht mehr politisch

reflektiert, sondern es wird mit Selbstverständlichkeit davon ausgegangen, daß das »rich-

tige« Modell das gesellschaftlichen Fortschritt in den Vereinigten Staaten am wirksam-

vollen und am überzeugendsten realisiert ist. Darin aber steckt eine schwierige politische Entscheidung, die indessen ausgelöst werden, wenn man Sozialarbeit so zu interpretieren versucht, wie es hier geschildert.

Eine andere Interpretation der Formel »Sozialarbeit als Nothilfe« könnte ihren politi-

schen Stellenwert zum Vorschein bringen. Das würde dann gelten, wenn wir ver-

stehen, was auf das Tatsache zu konzentrieren, daß Sozialarbeit Symptom einer bestimm-

ten Lage der Gesellschaft im ganzen ist; daß Sozialarbeit die notwendige Folge eines

bestimmten sozialstrukturellen Zusammenhanges, daß sie u. a. die folgerichtige eine in sozialen Schichten gegliederten Gesellschaft ist, und zwar in Schichten, die sich unterscheiden unter unterschiedlichen Lebenschancen, nach einer unterschiedlichen Verzweigung unter der materiellen Güter. Gerade solche unterschiedlichen Verteilungen für das Entstehen von Konfliktsituationen, von Konfliktsituationen und Konfliktsituationen. Der Sozial-

arbeiter hätte also zu überlegen, was sich politisch für sein Selbstbewußtsein und Selbst-

achtung zu einem interdisziplinären und interdisziplinären Zusammenhange.
verständnis aus der Tatsache ergibt, daß er einen Beruf hat, dessen Selbstverständnis eigentlich ein konstitutives Ministerwirtschaftsfehl sein mußte, nämlich das Gefühl der Ministerwirtschaft eines Gesprächspartners, die einen solchen Beruf dringend nötig macht.


Konfliktdimensionen der Sozialarbeit

1. Sozialarbeit hat es mit der Tatsache der Unterversorgung sozialer Gruppen und Schichten zu tun. Fürsorgeorganisationen und Kriminalstatistik zeigen, daß diejeni- gen, die von ihnen betroffen sind, entschieden bevorzugt den unteren sozialen Schichten zugeordnet werden. Die Häufung von Migrationszentren in diesen Schichten ist unvergleichbar. Das betrifft zwar nicht alle Einrichtungen der Sozialarbeit gleichermaßen; in der Erziehungs- beratung z. B. scheint es so zu sein, daß dort die Gesamtbevölkerung annähernd gleichmäßige repräsentiert ist; aber sie ist eher ein Sonderfall. In ganzem kann man sagen, daß diejenigen Menschen, mit denen Sozialarbeit in den letzten Jahren hat, sich in höheren Schichten häufiger, und das läßt die Annahme häufig erscheinen, daß es sich hier um einen Sedimentverlauf, der für unsere Gesellschaft strukturell ist, in der Gesellschaft gibt es nicht wie vor große Bereiche, in denen die Lebenschancen weit geringer als in anderen, sind die prinzipielle Gestaltung der Lebensschicksale derjenigen, die an den ist nicht die Frage, was das Recht auf Bildung und gleiche Lebenschancen der Bürger in einer demokratischen Gesellschaft zu bezeichnen ist. Wir beurteilen nur die Siedlungs- strukturen unserer Großstädte anzuregieren, die Häufung von ökonomischen, pädagogischen, fürsorglichen, sozialen Mangelsituationen, um zu erkennen, daß wir zwar eine demokratisch verfaßte Gesellschaft haben, aber auf dem Umweg einer undemokrati- schen Gestaltung der Lebensschicksale.

2. Sozialarbeit hat es zu tun mit dem moralischen Anspruch eines bürgerlichen Berufs- standes gegenüber Klienten, denen dieser Anspruch fremd ist. Man sollte sich immer wieder klar machen, daß der Berufsumfang der Sozialarbeiter, und über ihn hinaus nahere alle pädagogischen Berufe, dem bürgerlichen Typus von Werteorientierung zugehören. Das ist zwar nicht bei jedem einzelnen Sozialarbeiter der Fall, den der Sozialarbeiterberuf ist ein Aufgabenfeld. Der Anteil derer, die ihn über die Schichten stammen, denen die Klienten zugehörig, ist in dieser Berufsgruppe größer als in vergleichbaren, z. T. pädagogischen Berufen. Wir wissen aber, daß Aufgabenbereiche einhergeht mit einer besonders intensiven Menschenliebe mit dem Wertbewußtsein derjenigen Schichten, in die man auf- steigen will. Das bedeutet eine Gefährdung seines Berufsverständnisses, die sich der Sozialarbeiter deutlich machen muß; eine Art Deformation professionell, die aus der Schichten- problematik erwächst, in der er sich befindet. Wir brauchen uns nur zu fragen, welche ethische die gesellschaftliche Gliederung, die wir für wertvoll halten, was wir eigentlich unter einem sinnvollen Leben oder einem sinnvollen Freizeit versteht, wir müssen also unangeblich angestrebte Ziele oder angeblich unangängige Hürden reagieren. Ich fürchte, daß die künstlerische Befindlichkeit der von zentralisierten und zentralisierten Wert- ordnungen sozialer Wirklichkeit repräsentiert, das die der bürgerlichen Wertebewusstsein überwacht und damit auch der sozialen und pädagogischen Berufe ist.


Mollenhauer:

Unser Diskussionsangebot umfasst fünf Problemlinien:
1. Die politische Ordnung und die politische Aufgabe der Rolle der Sozialarbeit.
2. Die Sozialarbeit und das Konzept der Unterprivilegierung ihrer Klienten.
4. Die Rolle der Sozialarbeit aus dem Blickwinkel der Solidaritätsbewegung.
5. Die Rolle der Sozialarbeit aus dem Blickwinkel der Politik der寻本st在Klienten und der Politik der Rolle der Sozialarbeit.

Daher konnte man aus diesen Erörterungen ableiten, dass die Rolle der Sozialarbeit in der Gesellschaft eine zentrale Rolle spielt und dass die politische Aufgabe der Sozialarbeit in der Erörterung von sozialen Problemen besteht.

Frau Falkenberg:

In unserer Arbeitsgruppe 5 war die Meinung von Herrn Kosmale anschaulich dargestellt worden. Es wurde in unserer Gruppe sehr stark betont, dass der Sozialarbeiter im Grunde der Firma, der deshalb seine gesellschaftlichen Erfahrungen und die sozialen Konflikte bewusst machen muss. Herrn Kosmale sollte sich aber nicht etwa auf die Spur von Aktionen setzen.

Mollenhauer:

Eine Rückfrage an Herrn Kosmale: Können Sie erklären, was Sie unter „romantischer Politisierung“ verstehen?

Kosmale:

Sehr konkret: dass man durch Aufklärung und durch Ansprachen des Intellekts und durch Erziehung alleine die Geschäftsführung verändern könnte. Weiß:

Ich möchte eine Gegenposition beziehen und davon ausgehen, dass Sozialarbeit auf Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft begründet sein muss. Ich kann mir nur vorstellen, dass ein Sozialarbeiter oder ein Sozialarbeiterin wirken kann, wenn er in dieser Funktion unübertroffen ist. Auch wenn er etwas Praktisch errichtet, die dem Ziel der Integration nicht verhelfen, sind wir, wie er in die Gesellschaft der Wirklichkeit gelangt, die durchaus nicht seiner Position entspricht.
zichtbarer Bestandteil der Sozialarbeit ist, politische Veränderungen anzustreben, die Konsequenz sein.

Weit: 

Mollenauer: 
Herr Peil, darf ich Sie einmal direkt an sprechen? In der Studentenschaft verbreitet sich zunehmend die Forderung nach der Professionshermeneutik und der Politisierung der einzelnen wissenschaftlichen Fächer. Ist das ein universaler Anspruch, der gestellt wird? Und meint er, daß es überhaupt keine Beobachtungen dieser Ge sellschaft geben dürfte oder geben könne, die sich unpolitisch versteht, und daß gerade ein wesentlicher Ausbildungsgang die Heraus arbeitung dieser ja berufs- und spezifischen oder rollenspezifischen politischen Dimension zu sein habe?

Peil: 
Ja, das ist weitgehend die Meinung des aktiven Teils der Studentenschaft. Unser altes Schulfachsystem zu ändern und zwar im Rahmen der Akademisierung unserer Sozialwiss enschaftler, ist unsere Forderung wie auch die, daß beispielsweise das obere Organ einer künftigen Akademie parlamentarisch mit Dezenten und Stimmrecht versehen wird, daß die Studenten auf diesem Wege ein Mandat ausüben, daß es ihnen ermöglicht, den Studiengang an einer kritischen Ebene zu diskutieren. Hand in Hand damit aber gleichzeitig nicht nur die bildungspolitische Orientierung gesehen, sondern auch die allgemein-politische Orientierung, und zwar insbesondere in der sozialistischen Richtung. Ein wesentlicher Teil unserer Studentenschaft, und zwar der aktive, Teil ist der Meinung, daß eben dieses soziale Mandat sich auf alle Lebensbereiche erstreckt. Im Zusam menhang mit der Sozialarbeit sind wir der Meinung, daß wir ungläubig werden, wenn wir der Frage der Träger unserer Klienten „herumbasteln“, wie es z. Z. ja wohl ist, und wenn wir den Ur sachen verschauften, d. h. wenn wir eine allgemeine, zweckgebundene Bewertung, entsprechend unserer Klienten, dafür durchgeführt wissen, ob nicht wir als Klienten買い物 rehabilitation, ob wir, nicht wir, den Fehler ausgleichen, und ob wir nicht unseren Klienten bewußt ma chen, wie weit das überhaupt an dem System liegt.

Bäuerle: 
Ich muß freilich, daß wir nicht dem Klienten in der praktischen Sozialarbeit klarmachen, ob der kapitalistischen Gesellschaft zu sein, da er doch mit uns be sorgt sein müßte, das kapitalistische System der Gesellschaft zu überwinden. Wir geben uns so, ganz anders vor: wir machen nicht dem Klienten zum Gegenstand unserer Kultur- oder Gesellschaftskritik, sondern wir sind, auf unserer beruflichen Basis zu etablieren. Sie sollten mir jetzt erklären, etwas konkreter zu werden, denn sonst besteht die Gefahr, daß wir über die Sozialarbeit in einem sehr hohen und stilisierten Streit reden. Da ist beispielsweise eine Familienforschung, oft bewertet mit der Spannung, die die Assoziation der Familie, die sich entschlossen hat, sich scheiden zu lassen. Nun hat sie verschiedene Möglichkeiten des Verhaltens, sich dem Fall zur Verfügung zu stellen. Sie könnte die Problematik in der Familie analysieren, die könnte überlegen, was es für die Kinder bedeuten würde oder vielleicht jemanden der Rechtsberatung, der emotionalen und sozialen Beziehungen zwischen Mann und Frau noch gehört sind. Sie könnte vielleicht sogar zur dem Schluß gelangen, muß ich damit zuzugestand geben, der Klient zu der Sache richten, welches die Erfahrung der Kinder in der geschiedenen Ehe gescheiterter erlebt ein, dann könnte es zu einer räumlichen, sozialen und politischen Dimension zu sein habe?

Peil: 
Könnten wir dieses Beispiel noch etwas weiter vertiefen, besonders das Scheidungs brechen. Es haben sich, so ließe es sich auf den Pluralismus aus, als sei der Rat, der dem Sozialarbeiter nur erteilt, abhängig von seiner eigenen politischen Position. Sie haben aber genau diesen Fall be schrieben, in dem die politische relevante Persönlichkeit, z. B. von der Aufrechterhal tung eines gewissen Form von Eheinheit, dem Interesse des Klienten widerspricht. Es daraus folgend, die Analyse, daß das nicht unmittelbar politischer Widerspruch ist? Frau Falkenberg: 
Ich würde meinen, in diesem Falle kommt es doch wohl auch etwas auf den Klienten an, ich könnte mir vorstellen, daß eine katholische Klientin die Auffassung der Kirche von der Einheit der Familie so verisoliert ist, daß der Klient zwar zustimmend, aber gleichzeitig, mir scheint, das konkrete Verhalten nicht durchhalten kann. Wenn man einem anderen katholischen Klient, selbst wenn sie unter dem traditionellen Zwang steht, muß nach einem Schritt weitergehen wollen, kann sich das Gefühl haben, die an sich genügt ist, sich gegen diese Traditionen zu wenden. Ich meine die Frage, ob man anstatt oder kulturkritisch beeinflußt, ist auch eine Frage des Klienten.
und vor allem der Rektor ihrer Schule hätten ihnen verboten, weiter diese Schülerzeit herauszugeben mit der Begründung, diese Zeit sei nicht für sie bestimmt. Sie müssen sich zu dem Jugendpfleger, um ihn einmal bei dem zu griffen, was Jugendpfleger als demokratische Prinzipien vertreten, und wollen von ihm wissen, wie sie sich verhalten sollen, ja, um überhaupt von ihm Hilfestellung zu verlangen. Wenn der Jugendpfleger sich in der ersten Charge mit der Reflexion der Zukunft befaßte, da handelt es sich ja immerhin um das Nachbarbererstattungsverfahren „Schenkung“, das hier entschieden hat, und es handelt sich auf der anderen Seite um den „Fall des Jugendpflegers“ – dann folgt natürlich sofort die Frage, wie erst nimmt zu, es eigentlich mit deiner so überzeugend dargestellten politischen Überzeugung. Drei Tage später kommen die gleichen Schüler und rufen mit, daß sie nun einen Verweis und die Androhung der Entfernung von der Schule kurz vor dem Abitur erhalten haben, da gleichzeitig der Schulektor eine andere Reaktion für die Schülerzeitung eingesetzt hätte, die eine neue Zeitung mit einer ganz eindeutigen gegenständlichen politischen Tendenz herausgibt. Ich frage Sie: wie soll sich der Sozialarbeiter oder der Jugendpfleger in dieser Situation verhalten? Wird nicht selbst, politisches Engagement zeigt sich, sich selbst bereit erklärt, sich einzusetzen, wird er doch noch etwas anderes aus den Sälen heraus, weiter zu arbeiten und weiter glaubwürdig zu sein.


Mollenhauer:

Im Augenblick können wir zwei Aspekte des Problems aufzeigen. Den einen Aspekt hat Herr Weiß gerade charakterisiert: es droht sich darum, daß der Sozialarbeiter in einem politisch profitierenden Sinne selbst die Rolle spielt, in diesem Fall in einem Streit zwischen verschiedenen politischen Richtungen von Schülerzeitungen innerhalb einer Schule. Das ist aber ein anderes Problem als jenes, das Herr Kosmale gemeint hat und das wir mit dem Ehebesteuerungsgesetz als neues Problem ansprechen haben:

Hier droht es sich darum, daß der Sozialarbeiter es mit Sacheinhalten zu tun hat, die nicht für sich selbst schon politisch formuliert sind, die aber politisch relevante Informationen enthalten. Die Informationen, die der Sozialarbeiter beständig über das Wohnungsproblem in einer Gesellschaft wie der unseren erhält, sind politisch relevante Informationen. Wie er diese verarbeitet und welche Konsequenzen er daraus zieht, sollten wir von dem ersten Problem unterscheiden.

Kosmale:


Freier:

Der Fall von Peter Weiss ist eine Sache, die m. E. vollkommen klar ist: Wenn der Jugendpfleger seinen Auftrag gemäß handelt, dann muß er diese Dinge, die an anderer Stelle falsch greifen, versuchen zu klären. In dem anderen Fall mit dem „Interessengeleitetem Lernen“ möchte ich auf den Fall des „Ehebesteuerungsgesetzes“ zurückgreifen. Hier scheint die Frage zu sein: Steht der Sozialarbeiter seinen politischen Auftrag darin, dem tatsächlichen Ehepartner zu einem „Lernprozeß“ gegenüber zu verhelfen, oder sieht er seinen Auftrag darin, dieses individuelle oder Kollektivverantwortung für die Beteiligten, für die Ehepartner und die Kinder, zu lösen?

Mollenhauer:

Darf ich auf eine Formel bringen? Vielleicht sehr zugezogen: Ich denke, die Aufgabe im Ehebesteuerungsgesetz besteht darin, daß der Klient lernt, daß nicht nur die Macht, sondern auch der Sozialstaat eine sozial Institution ist.

Freier:

Was hat er davon, wenn es seltens gebe

Mollenhauer:

Z. B. daß er sich leichter aus seiner Vorstellungsweise entlassen kann, die vielleicht bisher seinem eigens gesehenen Daumen und dem seiner Angestellten hinderlich entgegenstehen.

Frau Falkenberg:

Da der Sozialarbeiter ja nicht für einen anderen Problemen kann, das war wahrscheinlich ein falscher Zungenerschlag, muß er ihm die Konflikte bewußt machen und dann die Möglichkeit geben, nach seinem eigenen Ausweg zu finden. Deshalb kann der Sozialarbeiter nicht sagen: du bist so und so du mußt den und den Weg gehen. Er kann ihm nur die Situation deutlich machen; ich habe das aus ihm herausstellen, von sich aus eine Entscheidung zu treffen.

Freier:

Hier muß man aber doch unterscheiden, was Orientierungszeuge für die Lektion ist. Ist es die Situation des einzelnen, dann kann ich das ohne weiteres akzeptieren, denn die soll der Betroffene abzuschätzen lernen. Wenn der Orientierungszeuge die Situation der Gesellschaft ist, die man verändern will, dann hätte ich doch Bedenken, dem einzelnen seine Situation deutlich machen, damit er sein Problem lösen kann, das ist durchaus einem Teilnehmer Auftrag, ist die Pflicht des Sozialarbeiters. Aber hier am Einzelfall als Beobachtung, die Gesellschaft zu verändern, u. a. auf Kosten dieses Einzelfalles, da habe ich Bedenken.

Peil:

Ich bin der Meinung, daß man dem Klienten natürlich alle Möglichkeiten geben soll, sobald er von der Möglichkeit aufgezeigt, wie er sich in die nun leider ja einmal bestehende bürgerliche Gesellschaft wieder einbringen möchte. Aber ich bin der Meinung, auf der anderen Seite auch der Meinung, daß man den Klienten befähigen soll, sich zu wehren. Das ist eigentlich nur eine Synthese; da dringt die Ursache seines Unterprivilegiertheits ja letzten Endes in dieser Gesellschaftssituation liegen. Da muß es eine völlig andere Unterscheidung geben, von daher auch die Gesellschaft, auf längere Sicht natürlich, zu verändern.

Bauer:

Ich glaube, damit sind wir ja sehr hart an der These, jede unförderliche Hilfe sei gleichzusetzen mit einer kulturellen Bildung. Das kann man so ansehen, aber ich muß sagen, der Klient interessiert sich zunächst dafür ganz wenig. Er hat bestimmt andere Probleme, mit denen er nicht fertig wird. Er braucht bestimmte Hilfe, vielleicht nur einen Rat, vielleicht auch das Bewußtsein, was es bedeutet, wie die Gesellschaft wollen reagieren wird. Wenn es sich herausstellt, daß die Frau inzwischen geschieden ist. All das muß er vorher wissen, damit er sich rechtzeitig weiß, wo er sich befindet, und was durch seine Entscheidung zulässig als Folge notwendigerweise eintritt oder eintreten kann.

Also wenn wir jetzt über das Politische sprechen, dann ist es natürlich etwas anderes, ob wir darüber sprechen, ob die kapitalistische Gesellschaft richtig ist oder ob man sie überwinden kann oder ob, um das zu tun, wir begehen auf das sehr persönliche Problem dieses oder jenes einzelnen Kunden, dem es im Augenblick uninteressant ist, ob die kapitalistische Gesellschaft in der Tat bestimmte Schwierigkeiten, es ist tabu, worüber die Meinung der Welt so ist und gibt, worüber die Meinung geprüft wird und steht jetzt vor der Frage, muß die Meinung der ganzen Welt geprüft werden, warum die Meinung der ganzen Welt geprüft werden soll, warum ich geprüft werde, kriege ich meinen Arbeitsplatz wieder. Werde ich überhaupt je wieder voll in diesem Arbeitsplatz integriert? Was sagt meine Frage dafür, in welcher Welt und welcher Probleme für jemand, der langfristig in einem Krankenhaus liegen muß. Das sind seine Probleme. In der Augenblickswelt, die seine Probleme nicht das Funktionieren oder der Bestand der kapitalistischen Gesellschaft. Und wenn man ihm auch sagt: „Da sind Sie gut, Sie sind ja ein ganz typischer Fall dieser Gesellschaft, und in einer anderen Gesellschaft würde es solche Probleme nicht geben“, so mag das für ihn literarisch ganz interessant sein, aber zur Lösung seines akuten Problems nützt ihm es im Augenblick wenig.


Kosmale:

Mollenauer:
Ist es eigentlich ein Einwand, daß diese etablierte Methode ist? Die Frage ist doch, ob den Leuten geholfen wird?

Kosmale:
Politische Agitation und politische Aktion helfen sicher, Veränderungen der Gesellschaft herbeizuführen.

Mollenauer:
In diesem Fall war die These, daß es den einzelnen hilft, weil sie nützlich aus ihrer gleichsam kriminalen Sphäre herauskommt. Es ist nicht Kriminalität, die eine Aggressivität mit falschen Objekten war, zum Verschwenden bringen konnten dadurch, daß sinnvolle, realistische, vernünftige Objekte an die Stelle traten.

Freier:
Das Problem, das das Referat von Klaus Mollenauer gestellt hat, und auch die Ausführungen von Peter Weiß gingen etwa etwas weiter. Peter Weiß fügte aber hinzugefügt, die Leistung nur individueller Helfen als Selbstverständnis des Berufes wäre unzureichend, individuell praktizieren sind die Gesellschaftsberufe. Dem Zweiten würde ich ohne weiteres zustimmen. Die Konsequenzen aus der ersten Be- hauptung wäre aber, daß das gesellschaftsbezogene politische Wirken keine Möglichkeit, sondern eine Verpflichtung des Sozialarbei- ters wäre. Da habe ich die ganz konkrete Frage: müssen wir feststellen, manchmal die Aushilfe zum Sozialarbeiter kommt oder eine Anstellung als Sozialarbeiter findet, ob er auch politisch engagiert ist? Kann er ohne politische Engagement nicht oder doch? Sind also die verschiedenen Begriffe von Politik, von politischem Handeln und von Politisierung im Spiel. Wir sollten zunächst ausscheiden, was sich aus der Befreiung herausbilden. Es ist auch zu fragen, was aus der Freiheit der Berufschaft wird.

Büere:


Frau Falkenberg:
Ich glaube an, daß es vielen von Ihnen gestern bei dem Vortrag von Herrn Mollenauer so gegangen ist, daß in dem Augenblick, als er von den Unterprivilegieren sprach, mit denen es die Sozialarbeit zu tun habe, ein gewisser Widerspruch aufscheint, weil wir ja wissen, daß wir es heute keineswegs nur mit bestimmten sozialen Schichten zu tun haben, sondern daß Sozialarbeit heute eigentlich in alle Schichten hineingehört. Ich glaube, das war ein Mißverständnis, das in unserer Arbeitstätigkeit herausgesprungen ist. (Fragen aus dem Plenum an Frau Dr. Falkenberg, wo prima nicht Unterprivilegierte als Klienten für den Sozialarbeiter in Frage kommen.)

Frau Falkenberg:
Wenn ich von der Jugendfürsorge ausgehe, so können wir in die feudalen Schülerinstitute gehen und finden, daß wir hier reihenweise Klienten der Sozialarbeit haben. In der Erziehungsberatung, und man heute am stärksten diejenigen Gruppen vertreten finde, die nicht zu den unterprivilegierten Schichten gehören.

Mollenauer:
Sicher ist die Erziehungsberatung das schlagendste Gegengespräch gegen mich. Die Erziehungsbereitigung ist die einzige mir bekannte Institution, die sich mit der Überwachung der Unterprivilegierten befaßt, vor allem die Überwachung der Unterprivilegierten vorliegen, bei der sich zeigen läßt, daß der Erziehungsbereitschaft in unserer Schülerquote über alle sozialen Schichten verteilen. Meine These ist, daß in sämtlichen anderen Bereichen, wo uns überhaupt staatliche Unterlagen zur Verfügung stehen, in unseren Schulen erheblich überteuert sind.

Büere:
Ich glaube, man muß es noch etwas differenzierter sehen. Es gibt andere Institutionen, wo wir über die gesellschaftliche Zuordnung zu sozialen Schichten oder zu sozialen Verhältnissen gar nicht mehr zu
finden ist, z. B. bestimmte heilpädagogische Einrichtungen. Das liegt aber daran, daß auf diesen Gebieten den vermögendsten Klienten keine anderen Institutionen angeboten werden. Für sie sind also in den Einrichtungen der Sozialarbeit. Aber überall dort, wo es noch Alternativen für jenen gibt, der mehr Geld hat, kann man durchaus Klienten in der Rechtsprechung bevorzugen, und so ist die faktische Wirklichkeit auf das Ganze gesehen in der Tat die, daß wir, die mehr Klienten aus ärmeren Schichten haben als aus welchen Schichten. Aber es sagt nichts über die wirkliche Problemage aus.

Mollenhauer:

Natürlich steigt die „Dunkelfläche“ der potentiellen steigender sozialer Schicht. Meine weitergehende Hypothese wäre, daß je begüterter jemand ist, um so größer auch die Möglichkeiten sind, gleichsam privatrechtliche Institutionen der Einzelhilfe in Anspruch zu nehmen. Das bedeutet aber andererseits auch, daß mit steigender sozialer Schicht auch die Qualität der Behandlungsmöglichkeit steigt. Ich habe die deutsche Forschungserscheinung statistisch daraufhin einmal durchgesehen, und sie berechnet für verschiedene Untersuchungen. Doch ist die Annahme berechtigt, daß in der Freiwilligen Erziehungshilfe der Anteil der Mittelschüler größer ist als in der angeordneten Schülerzeerziehung; weiterhin: die Chance für ein Kind, in ein spezialisiertes, gut ausgerüstetes und gut geleitetes Heim zu kommen, steigt mit der Tatsache, daß es durch Vereinbarung der Freiwilligen Erziehungshilfe in ein Heim kommt. Da der Anteil der Mittelschülerkinder in dieser Gruppe größer ist, ergeben daraus eine weitere Annahme, daß je niedriger ein Kind in der sozialen Position ein gestellt wird, um so größer also die Chance ist, daß es in ein nicht so gut spezialisiertes Heim kommt. Also auch von den Behandlungs mängeln her sind die Kinder unterzog der sozialer Schichten unterprivilegiert. Ich kann das nur im Forschungsbericht im einzelnen zeigen. Zu fragen wäre, ob das für andere Klienten gruppen eben auch und in welchem Ausmaß es zutrifft.

Kosmala:


Mollenhauer:

Meine Formulierung war: „Solidarisation mit dem Klienten“.

Kosmala:

Selbst die Formulierung „Solidarisation mit dem Klienten“ würde ich nicht so global unter schreiben. Ich bin bereit, mich mit allem, was zu solidarisch zu politische genauer so wie ich es verstehe, nicht in einem Zusammenhang zu sehen. Ich kann mich aber die Frage sagen, ob eine sozialistische oder eine sozialistische Demokratie wollen. Mögen es Klienten sein, mögen sie die Angebotreiche oder Angehörige anderer Schichten sein.

Frau Falkenberg:

Wir haben auch in unserer Arbeitsgruppe etwas Ansatz genommen an der Solidarisation, weil Herr Mollenhauer im Grunde vor das eine und das andere gesagt hat. Und wir das gegenüber das Verständnis der Sozialarbeiter setzte. Denn wir waren der Meinung, vielleicht halten wir uns da von, daß eine solche Solidarisation von der Seite der Sozialarbeiter sich nicht solidarisiert sollte, denn wir würden das im gewissen Sinne als Identifikation ansehen und meinen doch, man einen Klienten nicht mehr helfen kann, wenn man sich völlig mit ihm identifiziert.

Freier:


Weiß:

Hier liegt wieder die gleiche Schwierigkeit zu Gründe, die wir schon bei unserem Politikverständnis hatten. Ich habe Herrn Mollenhauer ausdrücklich verstanden, er hat in diesem Zusammenhang einwandfrei auf die schichtenspezifischen Lebensschancen hingewiesen, dafür, daß wir hier mit einer Schicht zu tun haben, die von der Gesellschaft nicht das Erzählt, was ihr zusteht, was also unternehmerisch nicht voll verwirklicht wird. Der Sozial arbeiter sollte sich als Interessenvertreter dieser Schichten, die sich in der jetzigen Gesellschaft erhalten, begreifen, als ein Anwalt dieser Schichten, in der Gesellschaft, insoweit sie solidarisch sind und zwar dahingehend, daß die Gesellschaft verändert wird, daß keine unterprivilegierten Schichten existieren, sondern jeder die gleiche Chance im Leben erhält, sei es von der Bildung und Ausbildung, sei es von anderen Tätigkeiten. Der Sozialarbeiter ist, oder Seine Solidarisation mit der Sozialarbeit ist auch Vertreter einer etablierten Schicht gegenüber, gegenüber der das Schicksal oder die Lebenschance angeht. In diesem Zusammenhang ist vielleicht der Hinweis darauf, daß der Aufstieg der Sozialarbeiter auf ein wesentlich höheres Niveau, besonders in die Spitze des Mitleidsempfindungszunders und einer Mittelstandsindustrie anzuheben, sondern sich als ein solidarisches Element einer sozialistisch denkenden Gesellschaft zu begreifen.

Mollenhauer:

Darf ich noch einmal deutlich machen, was gemeint ist? Zur Solidarisation: Ich kann mich z. B. bezogen auf die sitzende Bande Jugendlicher in den Vereinigten Staaten, mit dieser Bande und ihren Lebensinteressen solidarisiert, die sie selber nur noch nicht angemessen formulieren kann. Der Akt der Solidarisation bedeutet in diesem Fall, daß ich mich gleichsam wie, es auch in der Einzelhilfe formuliert, in diese Situation hineinversetzt und von ihrem gesellschaftlichen Ort zu denken und mit ihnen zu handeln versuche.

Zur Unterprivilegierung: Ein sehr eindrucksvoller, sehr wichtiger Mechanismus der Unterprivilegierung ist z. B. die Tatsache der angebotenen Arbeitsmöglichkeit im Jugendstrafvollzug. Bis zu 80% der Tätigkeiten, die jugendliche Strafgesangenen in Jugendstrafenstaten ausüben können, sind nicht unterutschpflichtige Tätigkeiten, sondern Tätigkeiten der untersten Unterseite der Schicht angehören, wie Tüpfelkleben, Mattenflechten usw. Inwiefern ist diese Tatsache bedeutend? Ich meine, es ist bedeutend, daß wir wissen, daß die Art und Weise der Berufstätigkeit eines Menschen, die Art und Weise, wie er und sie arbeitet, muß, auf seine Sozialisation auf die Entwicklung seiner Persönlichkeit von außerordentlich großem Einfluß ist, und zwar nicht nur auf ihn selbst, sondern auch auf die Art und Weise, wie er z. B. mit seinen eigenen Kindern in der Familie umgeht.

Said:

Wenn Einzelhilfe als echte Partnerschaft betrieben wird, dann ist das schon eine Solidaritätsbündigung des Sozialarbeiters gegenüber dem Kunden. Und der Fall ist ein Einzelhilfe, ja wohl auch richtig angewandt. Aber so, wie es heute läufig getrieben wird, ist Einzelhilfe, um Schutz der Sicht der Arbeitgeber von den erteilten Absetzen in eine Schicht, vor der engen Verbindung mit dieser Schicht, aus der er ja im wesentlichen hervor

Weiß:

Wenn Einzelhilfe als echte Partnerschaft betrieben wird, dann ist das schon eine Solidaritätsbündigung des Sozialarbeiters gegenüber dem Kunden. Und der Fall ist ein Einzelhilfe, ja wohl auch richtig angewandt. Aber so, wie es heute läufig getrieben wird, ist Einzelhilfe, um Schutz der Sicht der Arbeitgeber von den erteilten Absetzen in eine Schicht, vor der engen Verbindung mit dieser Schicht, aus der er ja im wesentlichen hervor

Freier:
Das bedarf des Beweises, diese Schutz- funktion, das kann man nicht so behaupten. Peil:
Das kann ich leider jetzt nicht konkret beweisen. Ich weiß nicht, ob vielleicht jemand in der Lage ist. Das ist eine These.

Mollenauer:
Ich möchte für den weiteren Verlauf unseres Hefts nichts vorschlagen, dass das Plenum sich etwas stärker betätige. Mein Vorschlag ist, dass Sie provozierende Fragen stellen oder nachträgliche Begründungen verlangen.

Brandtner-Saarbrücken:

Roland Schmidt:
Der Ausgangspunkt unserer Diskussion sind die Fragen, um was für eine Gesellschaft handelt und wie die gesellschaftliche Veränderung sich in ihr Sozialarbeit gelöst und wie müte sie gelöst werden?


Konzeption:
Kurze Zwischenfrage: Plädieren Sie dafür, dass wir per 1. J. 1969 die Soziorator und die Jugendämter als gesellschaftliche Institutionen zumachen?

Schmidt:
So einfach kann man es sich sicherlich nicht machen, und es ist der Moment nur darum, Be- wusstsein zu schaffen über unsere Funktion in dieser Gesellschaft.

Biegler:


Roland Schmidt:
Der Ausgangspunkt unserer Diskussion sind die Fragen, um was für eine Gesellschaft handelt und wie die gesellschaftliche Veränderung sich in ihr Sozialarbeit gelöst und wie müte sie gelöst werden?


Konzeption:
Kurze Zwischenfrage: Plädieren Sie dafür, dass wir per 1. J. 1969 die Soziorator und die Jugendämter als gesellschaftliche Institutionen zumachen?

Schmidt:
So einfach kann man es sich sicherlich nicht machen, und es ist der Moment nur darum, Be- wusstsein zu schaffen über unsere Funktion in dieser Gesellschaft.
Parteien, evtl. auch bei anderen politischen Gruppierungen.

Reinbeck – Berlin:

Das Beispiel Wohnung von Herrn Kosmale ist doch gerade ein Beweis, wie der Sozialarbeiter, die Hilfskraft einwirken kann. In Berlin z.B. hat es politisch bewusste Sozialarbeiter geschafft, das Establishment (spezielles Verhandlungsabteilungsgesellschaften) zu bewegen, die behördlichen Einrichtungen zu verhindern und die Familien in den Wohnungen zu belassen.

Freier:

Würden Sie mir zustimmen in der Annahme, daß der Teil des Establishment ist und nur als solcher Teil eine Wirkungsmöglichkeit hat?

Reinbeck:

Natürlich ist das im Augenblick der Fall, und wir können uns aus dieser Situation nicht lösen. Ammon – Herten:


Ferner: Wir brauchen nicht die Solidarisation mit dem einzelnen oder mit einer Gruppe von unterprivilegierten, sondern vielmehr die Soli-

Mollenauer:

Das fatale Auseinanderfallen von wissenschaftlicher Gestaltung mit einem Problem und praktischer Veränderung des als veraltete, gebrochene Erwartungen, gehört zu den schmerzlichsten Erfahrungen eines Wissenschaftlers, die sich mit Handlungsproblemen befaßt, wobei es sich bezeichnend sagt, daß der Wissenschaftler erlebt in den letzten Jahren, wie zunehmend geringe seiner politische Einflußmöglichkeit wird. Er erlebt zunehmend mehr, wie er darauf angewiesen ist, daß die sozialen Schichten mit ihrer gedanklichen Gruppen die Macht hat, sich die wissenschaftliche Aufklärung von bestehende und Veränderungen einzuleiten. Er selbst gehört zu den mutisierten Personen.

Das ist sozusagen mein Berufsprozeß, dem man einen als Sozialarbeiter gar ähnlich ist. In der Tat wäre ich dankbar für jeden Hinweis und für jede Erfahrung, die mir in der Veränderung der Arbeit, der politischen und philosophischen Auseinandersetzung mit Problemen, die praktisch anzupacken haben, möglich sind.

Kosmale:

Wir kennen die Realität der Praxis, wir wissen, daß hier die Diskussion über Sozialpädagogik und Sozialarbeit nicht einen Schritt weiterführt. Deshalb haben wir z.B. in unserer Arbeitsgruppe sich wirklich um eine gemeinsame Einrichtung, das Verhalten, das Vorgehen der Staat zu tragen. Ich bin der festen Überzeugung, daß in der Würde unseres Verbandes, der Arbeiter und die Arbeitgeber, das gelten für die soziale und politische Tätigkeit der Arbeitnehmer gewisse Bedeutung hat. Und ich meine, daß unsere politische Sache nicht gleichbedeutend ist, ob wir uns auf diese Würzeln unserer Verbandstätigkeit, sondern uns unbedingt müssen. Wir müssen erkennen, daß die Probleme, die nicht nur von der Tätigkeit, sondern auch von der Tätigkeit, die nicht allein durch unsere Arbeit am Arbeitsplatz zu lösen sind, sondern nur mit unsereinereingeschränkten politischen Engage-

Weiß:

Herr Bäuerle hat formuliert, daß ein ganz neuer Anakt in unsere Diskussion kam, nämlich daß wir die Gesellschaft in Frage stellten und uns mit einem Mal nicht nur als Hilfe gesellschaftliche Bedingungen, sondern als politische Bedingungen zu tragen. Ich bin der besonderen Überzeugung, daß in der Würde unseres Verbandes, der Arbeiter und die Arbeitgeber, das gelten für die soziale und politische Tätigkeit der Arbeitnehmer gewisse Bedeutung hat. Und ich meine, daß unsere politische Sache nicht gleichbedeutend ist, ob wir uns auf diese Würzeln unserer Verbandstätigkeit, sondern uns unbedingt müssen. Wir müssen erkennen, daß die Probleme, die nicht nur von der Tätigkeit, sondern auch von der Tätigkeit, die nicht allein durch unsere Arbeit am Arbeitsplatz zu lösen sind, sondern nur mit unsereinereingeschränkten politischen Engage-


26

27
Seit 1919 gänzt, da heute die Arbeiterwohlfahrt in ihrer Arbeit doch kaum noch unterschieden von der Arbeit anderer besteht.

Eine Gesellschaft, die vorgibt, demokratisch zu sein, muß gerade im Erziehungsrecht, im Sozialen Bereich und im Wirtschaftsgebiet demokratisch sein. Da ergeben sich die Verbindungen z. B. mit den Interessen der Studentenschaft mit der Arbeiterchaft.

Generell müsse es demokratisch mit unseren Klienten umgehen. Wir sind nicht der Vorstand; wir können nur gemeinsam mit ihnen arbeiten. Aber das gemeinsame Erzählen kann sich nicht darauf beschränken, ihm nur Hinweise zu geben, ihn nur zur Anpassung zu bringen, sondern genau das Gegenteil muß bewirkt werden, damit er gegen den Versuch der Anpassung rebelliert, um das ganz hart auszudrücken. Er muß befähigt werden, seine eigenen Probleme nicht nur zu erkennen, sondern, eines Beitrags zur Lösung mitbringen. Darauf muß es uns ankommen.

Deswegen auch vorhin mein Schlagwort: Sozialarbeit muß sozialisiert werden. Im Moment ist es eine kleine Gruppe, die Sozialarbeit betreibt, völlig ausgeschlossen von einer öffentlichen Kontrolle.

Möllenbauer: Der letzte Beitrag hat gezeigt, daß zu dieser Stelle noch wirklich sehr viel zu sagen und zu diskutieren ist, gerade der notwendigen großen Allgemeinheit wegen, in der man hier vielleicht formulieren muß, wenn man versucht, die Züge, die Sozialarbeit betreibt, völlig ausgeschlossen von einer öffentlichen Kontrolle.

Möllenbauer: Der letzte Beitrag hat gezeigt, daß zu dieser Stelle noch wirklich sehr viel zu sagen und zu diskutieren ist, gerade der notwendigen großen Allgemeinheit wegen, in der man hier vielleicht formulieren muß, wenn man versucht, die Züge, die Sozialarbeit betreibt, völlig ausgeschlossen von einer öffentlichen Kontrolle.

Schmitz: Hier ist die Frage, welche Rolle nun konkret die Arbeiterwohlfahrt spielt. Die Arbeiterwohlfahrt, die aus einer Anti-Haltung zur bestehenden Gesellschaft in das Akademische gesetzt ist und in ihrer Setzung ja steht, hat, daß sie sich zum demokratischen und freihändlichen Sozialismus bekennen, müßte doch in ihren eigenen Reihen wachsen und damit daran anfängen, etwas von dem zu praktizieren, um die Gesellschaft zu verändern.

Offensichtlich haben doch die Gründer der Arbeiterwohlfahrt erkannt, daß das gegebene gesellschaftliche System eine Veränderung nicht zuläßt, wie sie notwendig ist, um eine gerechte Befriedigung der Bedürfnisse ausreichendem Maße zu gewährleisten. Und ich frage, was hat sich an dieser Gesellschaft seit 1919 geändert, da heute die Arbeiterwohlfahrt in ihrer Arbeit doch kaum noch unterschieden von der Arbeit anderer besteht.

Aspekte sozialer Planung
Von Dr. Gerhard Wilhelm Brück, Bonn

Der Sozialpolitiker und Sozialökonom ist ebenso leidenschaftlich an einer gerechten Sozialordnung interessiert wie der direkt an Menschen wirkende Sozialarbeiter. Ebenso wie der Sozialpolitiker und dessen Wirkungen am einzelnen Menschen er- führt, ebenso wird sich der Sozialpolitiker immer wieder der politischen, ökonomischen und finanziellen Grenzen seiner Möglichkeiten bewußt, darum muß er planen, um alles das, was ihm an Ressourcen menschlicher und materieller Art zur Verfügung steht, optimal zu nutzen. Deshalb ist eine rechtzeitige Planung natürlich auch einer optimalen Wirkung der Sozialarbeit gelegen. Eine gut beratene Sozialpolitik wird sich also bemühen, die Sozialarbeit in möglichst vielen Arbeitsbereichen der Gesellschaft durchzusetzen zu lassen, und das auch in einem Gremium, weil die Sozialarbeit in der Fraktal die Sozialplanung ergänzen und korrigieren kann.

Wir wissen heute aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, daß in allen Kulturen ein gewisses Maß an Planung notwendig ist, und daß deshalb der Komplexität der Lebensverhältnisse und der durch die Technik geschaffenen künstlichen Umwelt alle hocharbitiven Völker ständig organisationsbedürftiger werden.


Da man das Sozialprodukt einer bestimmten Periode aber nur einmal aufzeichnen kann, muß man sich entscheiden, welche künftigen Bedarf am dringendsten ist und zuerst befriedigt werden soll. Man muß also Prioritäten setzen. Hat man sich dann für eine bestimmte Rangliste entschieden, dann wird die wichtigste Ziel zuerst zu erreichend sein, und zwar mit Hilfe der Planung. Das alles ist schwierig und man muß dabei sein, die richtigen Ziele zu setzen. Anzunehmen, die Prognose hat gezeigt, daß die Zahl der alten Menschen um zwei Millionen zunimmt. Der Sozialpolitiker steht nun vor der Frage, ob er die Renten — also die konsumativen Sozialleistungen — im gleichen Umfang wie bisher erhöhen soll, oder ob er die Renten erhöhung etwa geringer ausführen lassen, dafür aber mehr Altenheimen bauen, also mehr Geld für die Investitionen in Sozialleistungen ausgeben soll. Das Problem wird jedoch noch schwieriger, wenn man das eine und das andere nicht lassen will, wenn man also sowohl die Renten erhöhen als auch mehr Altenheimen bauen möchte. Dann braucht man zumindest mehr Geld. Und wenn die Regierung sagt: »Vom Verteidigungsbau haben wir nichts«, dann muß man eventuell in Steuererhöhungen denken. Besonders jetzt aber eine depressive Konjunkturwelle, wie in den beiden vergangenen Jahren, dann wird eine Steuererhöhung tendenziell die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft drehen und damit die Arbeitsplätze gefährden. Und so steht der Sozialpolitiker mit seinen Überlegungen vor der Zweisammens, ob die Renten erhöhen, oder ob man mehr Altenheime bauen, oder ob man schließlich mehr Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen soll.

Weil die Prioritätstabelle von heute auf morgen umgestellt werden kann — infolge eines Konjunkturbruchs oder eines wirtschaftlichen Strukturanwalts —, wird in Zukunft eine Planung zulasten erschwert. Wir benötigen aber — allen Schwierigkeiten zum Trotz — eine Sozialplanung!
Planung für die Familie

Im geordneten Raum soll sich der Mensch entfalten können — zunächst in der Familie. Dabei müssen die Begriffe »Planung für die Familie« und »Familienplanung« scharfer unterschieden werden. Nur eines haben diese beiden Begriffe gemeinsam, sie nähern gleichsinnig mit Tabus belegt und emotional aufgeladen sind.

Im abendändischen, christlich geprägten Kulturraum wird die Familie als eine Totalität anerkannt. Es geht auf das strafrelevante institutionelle Denken des römischen Rechts zurück. Familie als Institution, nicht als eine Summe von Personen ist dabei zu verstehen. Institutionelles Denken ist verfestigtes, statisches, mitunter sogar starres Denken: eine Institution darf nicht gefährdet werden. Daher wählt der Widerstand gewisser gesellschaftlicher Kräfte gegen ein zeitgemäßes Ehegeschlechterrecht, daher die bisherige Diskriminierung des unehelichen Kindes.

Bevor man an eine »Planung für die Familie« denkt, müssen diese Tabus abgebaut werden. Das Recht des einzelnen Familienmitgliedes in der Familie zu stärken — in der Regel wird die Familie durch die Bevormundung durch die Institution. Anders ist das, was wir unter Partnerschaft in der Familie verstehen, nicht zu verwirklichen.

Wie wichtig das alles ist, mögen Sie bitte daraus entnehmen, dass beispielsweise die Wohnungs- und Wohnumeplanung für Familien nicht von ideologischen Vorstellungen ausgehen darf. Die sogenannte »Eigenheimideologie« hat sich als unhaltbar erwiesen. Vielmehr hat das staatliche und parteipolitische Denken sich geändert. Der Raum wurde zergliedert, die Familien verschuldet sich über ihre Kraft, die berufliche und regionale Mobilität der Arbeitnehmer wurde behindert. Wohnumeplanung für die Familie setzt also voraus, dass man zu einem wohlausgegrenzten Verhältnis zwischen den Angeboten von Eigenheimen und Miethäusern kommt und nicht die eine Wohnform einseitig begünstigt.

Eine »Planung für die Familie« ist um so leichter zu bewerkstelligen, wenn die Familie selbst bei der Planung mithelft. Damit ist das angepasst, was man unter »Familienplanung« verstehet, was ich aber lieber mit »Kinderplanung« bezeichnen möchte. Sie wissen, wie viele Vorurteile, Hemmnisse und psychologische Sperren hier vorhanden sind.

Planung für die Jugend

»Planung für die Familie« umfasst die Planung der Umwelt und Lebensverhältnisse des Menschen in jedem Lebensalter. Das beginnt mit der »Planung für die Jugend«. Die Institutionen Familie, Staat, Schule, Kirche usw. und ihre Einrichtungen, Denkweisen und Methoden entsprechen weitgehend nicht mehr den Anforderungen und der Dynamik unserer Industrigellschaft. Diese Diskrepanz wirkt sich naturgemäß bemerkbar auf die Entwicklung der jugendlichen und ihre Integration in die Gesellschaft aus.


Erstens weil wir ohne Bedarfsprognoze, die ja ein Teil der Planung ist, keine Prioritäten setzen können.

Zweitens müssen wir an Hand der Bedarfsprogramme auch die finanziellen Größenordnungen zu eruieren wissen, und das auch unter Berücksichtigung möglicher Geldver- verschlechterungen, also Preissteigerungen.

Drittens muss der Gesetzgeber von uns mit exakten Bedarfsprogrammen bedient werden. Nur dann nämlich ist die Ausstattung auch der in der Sozialen Qualifizierung Sozialbudgets möglich.

Ich will Ihnen hier kein Exposé über das Sozialbudget vorzragen; das ist eine solche schwie- rige Materie, die wohl nur die Ökonomen und Sozialpolitiker ansprechen können. Ich will Ihnen aber dennoch versuchen, Ihnen die sozialpolitische Wirkung der Sozialbudgets zu erklären. Es geht hier um die Politik, wie und mit welcher Rangordnung das Neuland der Bedarf zu der Verfügung stehenden sozialen Einrichtungen und Dienste – die im einzelnen weiterzubauen – wird.

Das schwierigste Kapitel des Sozialbudgets sind auch vor der Feststellung der ökonomischen Kreativität der Bevölkerung bei Löhnen, Renten und sonstigen Transferzahlungen die Fragen der Abgrenzung. Stelle ich beispielsweise die Kriegsopferversorgung als Sozialleistung deklariert, oder ist sie nicht vielmehr eine Kriegsfolgeleistung? Hier wird man sich über die Frage der Motivation einer Sozialleistung zu streiten haben. Oder: ist eine Bildungs- schulzeit eine Sozialleistung, kann sie nicht auch ökonomisch als ein Kapitalumlauf mit dem Ziel einer höheren Produktivität bewertet werden? Ebenfalls wird die Frage der Sozialpolitik daran gelegen sein müssen, immer wieder zu beweisen, dass eine Sozialleistung mit produktiven Charakter hat; andererseits muss er aber auch daran Interesse sein, dass das Sozialbudget nicht zu aufgebaut erscheint.


Dazu bedarf es allerdings noch gründlicher Überlegungen. Jedenfalls war es die in Züge der mittelfristigen Finanzplanung erfolgte Erhebung eines zweiprozentigen Rentner- 


Krankenversicherungsbeiträge keine Gläubiger der Bundesregierung – auch rein rech-


nichts. Hierdurch verursacht die Verwaltungskosten einen großen Teil der Beitrags-


Zum Ausbau des öffentlichen Gesundheitssystems gehört in erster Linie die Krankenhaus-


planung. Im Prinzip laufen ausgereifte konstruktive Anregungen von Staatssekretär Dr. Walter Auerbach darauf hinaus, die Krankenhausbaufinanzierung so einzurichten, daß keine Überkapazitäten und damit Fehlvermögen entstehen. Garantiert werden kann der Schutz vor Fehlausplanungen allerdings nur dann, wenn die öffentliche Hand die Vorhaltskosten und die Kosten für das Funktionstüchtigen trägt und wenn der reine Pflegeausatz vom Patienten bzw. seiner Kasse zu zahlen ist. Erst wenn die öffentliche Hand die beiden ersten Kostenarten trägt, ist eine Standortplanung durchzführbar. Diese Finanzierungsart, so sagt Auerbach, dient also als Ordnungsfaktor dergestalt, daß Kran-


kenhausversorgung in erreichbare Nähe jedes Wohneinrichtung möglich ist und daß die erforderlichen Krankenhausbetten in geeigneter fachlicher Fächerung im einzelnen Kranken-


haus – natürlich in Abstimmung mit den anderen Krankenhäusern der jeweiligen Kranken-


hausregion – vorhanden sind.

Plazierung der Vollbeschäftigung

Zu den Aspekten sozialer Planung gehört auch die Arbeitsmarktplanung oder die Pla-


nung der Vollbeschäftigung oder – negativ ausgedrückt – die Planung gegen Arbeitslosig-


keit. Das den Bundesvertrag zur Endlösung vorliegende Arbeitsförderungsgesetz soll die Basis für eine aktive Beschäftigungspolitik abgeben. Während das bis heute gültige Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dem Versicherungs-


prinzip unterliegt, rückt das Arbeitsförderungsgesetz den Gefahren der Freifahrt in den Vordergrund, versucht also dem Eintritt des Risikos Arbeitslosigkeit vorzubeugen. So gesehen entspricht das Arbeitsförderungsgesetz weitgehend den Notwendigkeiten des modernen Wirtschaftsprozesses und auch der sozialpolitischen Erkenntnis, daß Vorbeugen besser (und auf die Dauer auch billiger) ist als Heilen.

Plazierung für das Alter

Zum Schluß muß ich auf die Plazierung für das Alter und die alten Menschen zu sprechen kommen. Groß geschätzt sind zur Zeit etwa 12 Prozent unserer Gesamtbevölkerung über 65 Jahre alt. Die Zahl der alten Menschen wird infolge der aus vielfältigen Gründen resul-


tierenden längeren Lebenserwartung noch steigen. Wir stehen demnach vor einer wirklich ernsten Situation, die wir nur durch eine rationale, dabei gleichzeitig aber auch großzügige Plazierung meistern können.

Diese Plazierung fängt beim einzelnen Menschen an; er muß nämlich mithelfen, damit er später im Alter nicht alt geworden ist. Der Übergang aus der beruflichen Aktivität in den Ruhestand bringt nämlich für den einzelnen Menschen – abgesehen von den finanziellen Fragen – Umstellungs- und Anpassungsprobleme mit sich, die uns so leichter zu bewälti-


gen sind, als er sich rechtzeitiger darauf vorbereitet. Wer vor sich selbst seine Existenz-


bereitung und seinen Eigenwert nur aus der Arbeit meinte ableiten zu können, dem werden unter Umständen mit dem Eintritt in den Ruhestand die Lebensgrundlagen ent- 


In Hinblick auf die finanzielle Sicherstellung der alten Menschen stehen wir vor beson-


ders großen Problemen, ja vor dem eigentlich Zentralproblem der Sozialpolitik der nächsten Jahre. Die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung vom Jahre 1957, mit der die dynamische Anpassung der Renten an die Arbeitsentwicklung festgelegt wurde, hat sich bisher im wesentlichen bewährt. Bis zur Beendigung des ersten zehnjährigen Deck-


ungsschichtszeit erreicht die gesetzlichen vorgesehenen Rücklagen der Rentenversiche-


rung der Arbeiter und Angestellten Ende 1960 einen Betrag von 27 Mrd. DM. Mit Beendigung dieses ersten Deckungsschichtszeit Ende 1966 geriet das Reformwerk ver-


stürzt in die Kritik. Der kriegs- und kriegsfolgenbedingte ungewöhnlich Altersausbau der Bevölkerung gibt manchen Kritikern nun den Vorwand, in unserem System der Alters-


sicherung nur eine unerträchtliche Belastung zu sehen. Diese Kritiker erwarten die sani-


erte Erörterung von Maßnahmen, die auch die Verfechter des Reformwerks für richtig halten, um die Belastung aller davon Betroffenen in tragbaren Grenzen zu halten. Die Vorhaben der Bundesregierung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung, so das Aussetzen eines Teils der Bundeszuschüsse und Erstattungen, sind einseitig aus der Sicht des Haushaltsausgleichs bestimmt. Sie nehmen keine Rücksicht auf die ungünstigen Altersaufbau unserer Bevölkerung sowohl die weiteren Kriegsfolgen des gesetzli-


chen Rentenversicherung und erschweren damit die Finanzierung der bruttolohnbezoge-


nen dynamischen Rente.

Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung wird der Versuch unternommen, durch 


massive Eingriffe auch auf der Ausgabenseite des Bundeshaushaltes die Bundesfinanzen für die nächsten vier Jahre zu konsolidieren. Am stärksten betroffen wird von diesen Ein-


griffen der Gesamtbereich der sozialen Sicherheit und hier besonders hart die gesetzliche 


Rentenversicherung. Es sollen nämlich die Bundesversicherung und – ohne Frage – die 


Krankenversicherung – durch die Gesetzesänderung sogar stärker als die anderen Bevölkerungsgruppen zur Sanierung der Bundesfinanzen herangezogen werden. Dabei muß man fest-


halten, daß die Bundeszuschüsse und –erstattungen bis zum Jahre 1967 gerade eben die außergewöhnlichen Belastungen in der gesetzlichen Rentenversicherung abgedeckt haben, die absolute Kosten zwar einen hohen Betrag darstellen, die aber in Relation zur Entwicklung der Ausgaben in der Rentenversicherung und auch in Relation zur Entwic-


klung des Bundeshaushaltes eine stark rückläufige Tendenz aufweisen. Diese rückläufige 


Tendenz verstärkt sich außergewöhnlich im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung. Das alles wäre nicht möglich, wenn wir schon ein Sozialbudget hätten. Denn darin wären der Bundeszuschüsse und –erstattungen rücksichtlich in vollster Höhe aufgetreten worden und der Staat der Garant für die Altersversorgung bleiben und für Kriegsfolgen usw. voll einstehen muß. In einem Sozialbudget hätte man auch ver-


öne, können, daß Ausgabenänderungen nur dann erfolgen dürfen, wenn sie zur Bewäl-


tigung des «Rentenberges» unvermeidlich sind, und der Bund seinen Zuschuß ungekürzt beibehält.
Diskussion des Referates von Dr. Brück.

Dr. Brück:

Fred Bäcker:

Unsere Schule bzw. unser gesamtes Bildungswesen muß in diesem gewissen Maße an Widerstand erzeichnen. Ein gewisses Maß an Anpassung ist sicherlich erforderlich. Aber der kritische Bürger, der nicht bereit ist, seine Rechte im Hande der Welt, wird einfach nicht möglicherweise sein, wenn wir ihn im industriellen Arbeitsprozeß als einen aktiven Mitarbeiter benötigen.

Roland Schmidt:
Im Rahmen der Generaldiskussion, wie sie angesetzt ist, werde ich mich nicht direkt mit dem Referat von Herrn Dr. Brück beschäftigen, sondern möchte insbesondere über diese Tagesordnung etwas reflektieren.


Es hat sich insbesondere bei dieser Tatung gezeigt, daß eine thematische Begrenzung dringend notwendig ist. Haben wir die Arbeitskomitees gruppen haben sich jedoch sichtbariert, und es ist aus mehreren Arbeitsgruppen bekannt, daß über das Generalabend nicht diskutiert worden war. Nur sechs der vertretenen Personen haben sich bei der Behandlung weniger Themen garantiert eine nachhaltige Wirkung im Verband selbst.

Ein Sozialbeiratstreffen kann dann nur dann eine Funktion haben, wenn es eine thematische Diskussion in Gang bringt. Dazu ist es notwendig, regionale Arbeitsgemeinschaften zu gründen, die sie bereits bestehen und zu intensivieren. Arbeitsgemeinschaften, die sich aus Sozialarbeitern zusammensetzen, auf die sich Vertreter des Verbandes an, die sich zu einer innerverbändlichen Demokratie beitragen.

Selbst auf die Gefahr hin, daß ich als autorität bezeichnet werde: Es steht im Pro gramm „Generalabendreflexion zum Referat“, ich meine, die Diskussion in einem nicht der Meinung, daß wir die Leitung einer solchen Tatung durch Plenum gewählte Vertreter überwachen müssen, an sich nachhaltige Wirkung im Verband selbst.

Unsere Ausbildungsstätten und unsere Berufsverbände geben an dieser Ausgabe vorbei. In unserer Bildung ist bisher noch nicht vorgesehen, diese Ausgaben einzubeziehen. Der Sozialarbeiter meldet z. B. überhaupt nicht den An spruch, an diesen Tatungen sich zu beteiligen. Vor einigen Tagen habe ich an einer Diskussion im Bundesarbeitsministerium über diese Fragen teilgenommen, und es wurde eine große Verblüffung bei den verantwort lichen Herren des Ministeriums spürbar, als ich sie sagte, was diese Ausgaben, die im Arbeitsförderungsgesetz vorgesehen seien, durchführen solle, ob sie glauben, mit dem vorhandenen Stab an Mitarbeitern der Arbeitsämter solche Ausgaben in Angriff nehmen können.


Herr Dr. Brück hat sich in einem Teil seines Referates mit konfessionellen Fragen beschäftigt. Hier scheint mir doch etwas wichtig zu sein. Ich meine, nach den Ereignissen der letzten Jahre, wo der Sozialarbeiter in freier Mitarbeiterkreise, überzeugte Christen, die Mitarbeiterunternehmen der Studenten sind sich nicht zu einer fortschritt lichen Demokratische zusammengekommen, an den Konzilien, was das Konzil brachte, was die letzte Enzyklika des Papstes brachte, in manchen Bereichen progressiver als das, was sozialdemokratische Parteien realisieren.

Es ist auch ein Problem für die Arbeitserziehung, sich mit dieser Frage zu auseinandersetzen. Wir müssen uns nicht „lieber“ einen Weg finden, sondern wir müssen uns entschlossen den Weg finden, der für uns konsistent ist.

Peter Weiß:
Ich würde hoffen, daß Sie die gleichen Kon sequenzen ziehen aus dem sehr interessanten Referat von Herrn Dr. Brück, wie ich sie ziehe. Wenn der Sozialarbeiter sich so begreift, wie wir ihn versuchen in diesen Tagen darzustel len, als einen Menschen, der einen politischen Auftrag zu verwirklichen hat, dann müssen wir uns in wachsendem Maße von Wohlfahrtspartnerschaften, von wohlfahrtspartnerschaftlichen und bildungspolitischen Aufgaben einverleben. Dann aber ist es, was hier angenommen war, in wachsender Veränderung, die sich im Bereich der Arbeitsförderung, der Ausbildungs förderung abspielen, nicht mehr länger die Ausgabe von unkritischen Darstellungen, sondern daran, von der Sozialorganisation den Auftrag, viel stärker in diesen sozialpolitischen Bereich einzudringen und Positionen in der Berufserziehung, in der Gewerkschaftsarbeit, in der Rehabilitation, in der Ausbildungsförderung einzunehmen.


Diskussions-Schlußwort Dr. Brück:
Meine Damen und Herren, zum Diskussions punkt Mitbestimmung! Mitbestimmung setzt bekanntlich Mitwissen voraus. Der erste Diskussionsteilnehmer meinte, daß es in betrieblichen Bereichen nicht unbedingt, die Gesetze zur Sanierung des Kohlenbergbaus der Bergarbeiter eher ausgespielt. Da ist aber nicht der Fall, denn der Bergarbeiter mit einem


Abschließend möchte ich auch zu der Disku- sion sagen, daß ich bei den Jungen auch hier und heute wieder überall auf dem so not- wendigen guten Willen gestoßen bin. Aber bitte, achten Sie, gerade die Jungen hier, auch bei den Berufswünschen, das sind diejenigen denkt nicht weitergebrungen, die in der Zukunft eine andere Zukunft sehen, die ihr nicht in typischer deutscher Ma- nieren immer nur sagen, das ist sehr schwer das in der Zukunft, ein moderne Fachzeiten, nicht sagen. Das müssen wir auch auch zur Kennt- nis nehmen, daß es darum geht, im Jugend- szenario nicht nur, für Aufgaben, sondern auch immer wieder für uns Jungen, Altere.

Fachliche Leitung: Dr. Arno F. Kosmala, Berlin
Diskussionsleitung: Eveliana Schols, Bonn
In der Einführung zur Diskussion wurden drei Fra- genkomplexe skizziert:

1) Handelt es sich bei der Differenzierung von Sozi- alarbeit und Sozialpädagogik um prinzipielle oder graduale Unterscheidungen?
2) Bietet es sich ein gemeinsam Verbindendes zwischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik und kann dies Gemeinsame Trennungen aufheben oder Diffe- renzierungen beseitigen?
3) Scheint notwendig zu sein, verschiedene As- pekte des Themas zu unterscheiden und richtig zu gewichten, u. a.

Sozialarbeit und Sozialpädagogik als Problem der Erziehungswissenschaft,
Sozialarbeit und Sozialpädagogik als Problem der Gestaltung der Ausbildung,
Sozialarbeit und Sozialpädagogik als beruf- politisches Problem.

Der Referent erläuterte die Fragenkomplexe:


Unterstellen man hingegen, daß alle Hilfen, die Mündigkeit zur Mündigkeit führen sollen, unter dem Prinzip der Pädagogischen stehen, und begreifen man Sozialarbeit und Sozialpädagogik als eine prinzipielle Unterscheidung zwischen Sozialarbeit und Sozialpädagogik:


Die Unterscheidung von Sozialarbeit und Sozialpäd- gogik kann als Problem der Gestaltung von Ausbildun- gen verstanden werden. Der Referent skizzierte ein dreistufiges Ausbildungsprogramm:

- Hochschulstudium
- Fachschulen
- Höhere Fachschulen/Akademien
Fachliche Leitung: Wolfgang Bäuerle, Hamburg
Diskussionsleitung: Heinz Otto Müller, Düsseldorf


Wolfgang Bäuerle gab die folgende Einführung:

In der Bundesrepublik gibt es im gegenwärtigen Zeitpunkt nur wenige interdisziplinäre Gruppen sozialer Arbeit und Sozialpädagogik. Beispielsweise die bislang bisher, die in getrennten Schulen (Höheren Fachschulen für Sozialarbeit und Höheren Fachschulen für Sozialpädagogik) aufgetretenen Berufsbilder werden vorbereitet. Dann die Berliner Forum, die aber noch in der Anfangsstufe, bei der der Angriff wird, auf eine Welt in einem gemeinsamen Studiengang vorbereitend, und schließlich die Bremer „Lösung“, bei der die verschiedenen Schulformen zur „Sozialakademie“-Leitung zusammengefaßt sind, der aber jede Schulform als besondere Abteilung jeweils für sich, d. h. getrennt, auf die jeweiligen Berufe des Sozialarbeiters, des Sozialpädagogen und des Sozialberaters vorbereitet.

Arbeitsgruppe „Organisation der familiengerichteten Dienste, insbesondere für die Jugendhilfe“

Fachliche Leitung: Dr. Erdmuthe Falkenberg, Wiesbaden
Diskussionsleitungen: Doris Wagner, Bonn

Eingeführt gab Frau Dr. Falkenberg einen Überblick über den Stand der Diskussion zur Ordnung der sozialen Dienste. Die Stellungnahmen zeichnen von der Beibehaltung des organisatorischen Prinzips der Familienfürsorge mit Trennung von Innen- und Äußerdienst und Beschränkung der Spezialfürsorge auf besondere Klientengruppen bis zur Schaffung eines Teams von Sozialarbeitern mit sehr differenzierten Spezialkenntnissen in den sozialen Anliegen unter Aufgabe der Familienfürsorge.

In der anschließenden Erörterung der vorgetragenen Alternativen durch die Arbeitsgruppe waren die Meinungen sehr gespalten. Die Befürworter der klassischen Familienfürsorge vertraten den Stellpunkt:


2. Wenn Innen- und Äußerdienst in einer Hand zusammengefasst werden, kann der Sozialarbeiter, der dann auch eine Vielzahl von Verwaltungsaufgaben zu erfüllen hat, sich nicht mehr mit der gleichen Qualität in der Aufgabenstellu, d. h. der methodischen Arbeit mit dem Klienten wenden.


4. Bei einer guten Kooperation von Innen- und Äußerdienst bestehen keine Bedenken, die besonders auf die Aufgaben zugehen.

Die Teilnehmer, die sich für einen einheitlichen Innen- und Äußerdienst aussprachen und für eine Verstärkung der Spezialfürsorge eintraten, argumentierten:

1. In der Sozialarbeit muß die Kündigung des Sachverhaltens mit einer Entscheidung über die zu leistende Hilfe in einer Hand liegen. Der Sozialarbeiter muß es als seine Aufgabe ansehen, auch diese für den Klienten schwer zu akzeptierende Entscheidung diesem gegenüber als notwendig für die Hilfezwecke zu verrichten.


Die Frage, ob eine Umstrukturierung der bestehenden Verwaltungsfunktionen finanziell tragbar sei, wurde dahingehend beantwortet, daß es sich bei der Aufstellung von Kostenberechnungen für die Sozial- und Jugendhilfe im Einzelfall schon erwiesen habe, daß diese Funktionsweise tatsächlich durch Eingreifen von überschüssig gewordenen Haushaltsmitgliedern finanziell tragbar ist, die für neue Einrichtungen eingesetzt werden können (Trägerposition).
Neben dem im Programm festgelegten Thema befaßte sich die Arbeitsgruppe mit dem von Professor Mollenhauer in seinem Referat vertretenen Thesen, insbesondere mit drei Punkten:

1. Das Sozialarbeiter es vornehmlich mit der Tatsache sozialer Unterprivilegierung zu tun?
2. Erfordern Sozialarbeit die Solidarisierung mit dem Klienten und seiner Konflikte?
3. Bedeutet die Anwendung der Methoden der Sozialarbeit eine fortsetzende Destandardisierung, wenn nicht sogar eine Art Bestrafung?

Zu den genannten Punkten nahm die überwiegende Zahl der Teilnehmer wie folgt Stellung:

Zu 1.: Sozialarbeit muß zunehmend mehr für alle Bevölkerungsabschnitte geführt werden, da insbesondere erzieherische Notwendigkeit, das Problem der Verharmlosung nicht schlichtweg gesagt ist. Es besteht ein wachsender Bedarf nach immaterieller Hilfe.

Es ist Aufgabe der Sozialarbeit, dem Klienten dabei zu helfen, seine Privilegien in Anspruch zu nehmen und ihm somit aus der eventuell bestehenden Unterprivilegierung allmählich herauszuziehen.


Die Arbeitsgruppe war sich dessen bewußt, daß Sozialarbeit mit den heute praktizierten Methoden und Organisationsformen noch nicht optimale Wirkungsmöglichkeit erreicht hat und daß deshalb umfassende Sozialstrukturanalysen und soziale Großbereiche durchgeführt werden müßten, (verwaltet mit Hilfe des Deutschen Jugendinstituts), um auf Grund solcher Untersuchungen eine rationale und funktionsgerechte Arbeit in der Sozial- und Jugendhilfe leisten zu können.

Referent: Ferdinand Branducker, Diskussionsdirektor: Richard Haar, Bonn
Ausgehend von einer Erzählung von Otto Lingebroem, woran 42 % der Sozialarbeiter (in der Familienarbeitsstatistik sogar 61 %) über einen eigenen Arbeitsstil verfügen, etwa 32 % eine Schreibkraft mit anderen, 15 % sogar mit mehr als vier anderen teilen, 40 % aller Sozialarbeiter in freien Verbinden ohne Urlaubsvertrag aufnehmen müssen, wurde die Situation der außerbetrieblichen Sozialarbeiter im freien Verband besprochen, speziell die der Arbeitnehmerwohlfahrt, diskutiert. Es wurde festgestellt, daß neben objektiven Hemmnissen finanzieller und organisatorischer Art häufig auch personelle Konflikte aufgetreten, die aus einem Mangels an Verständnis der Vorstände und Geschäftsführer für die Voraussetzungen und Bedürfnisse moderner Sozialarbeit resultierten.


Die aktive Mitarbeit des Sozialarbeiters sollte nicht nur in der Überwindung der Kommunikationsbrüchen zwischen Vorständen und Geschäftsführern einerseits, zwischen Sozialarbeitern und Mitgliedern andererseits, sondern auch in seinem persönlichen Engagement als Mitglied im Verband, im demokratischen Spiel der Kräfte habe er die Möglichkeit, Sitz und Stimme in der Mitgliederversammlung, möglichst auch in den Vorständen zu gewinnen.


Die angestrebte Akademisierung der Sozialarbeit-Ausbildung forderte in der Diskussion die Frage hervor, ob der „Berufsschul-Assistenten" zu schaffen sei, um nicht eine noch größere Differenz zwischen Niveau der Ausbildung und praktischer Tätigkeit zu erzeugen, wie die bisher schon in manchem Bereich (etwa in einigen Gesundheitsämtern) besteht. Es fehle heute Führungskräfte mit Sozialarbeiter-Ausbildung, Sozialarbeiter könnten auf die Dauer nicht überwiegend von Berufsführern ausgebildet und ausgestaltet werden.

Aus der Diskussion ergaben sich eine Reihe von konkreten Vorschlägen:

1. Der Sozialarbeiter sollte in den Sitzungen der Beschlußgebungen der AV zu den seine Arbeit betreffenden Fragen gehört werden.
4. Dem Sozialarbeiter sollten mehr als bisher Gelegenheiten zur kontinuierlichen Fortbildung in sozialen Fach, aber auch in Organisationsfragen gegeben werden, um einmal seine fachliche Qualifikation zu erhalten und zum anderen, ihm den Aufstieg in Leitungsfunktionen zu erleichtern.
5. Der Vorstand der AV sollte der täglichen Arbeit des Sozialarbeiters von der speziellen Eigentum freier Verände vertraut gemacht werden.
6. Es sollten mehr Sozialarbeiter in die Fachausschüsse der Verbandsleitungen berufen und in die Jugendbeauftragten- und Sozialschutzämter der Gemeinden delegiert werden.
Arbeitsgruppe „Sozialarbeit und öffentliche Verwaltung“

Fachliche Leitung: Dietmar Prate, Holzem
Dokumentationsleiter: Elke Thaler, Bonn


e) Sozialarbeit muß individuelle Hilfe und Rechts- und Verwaltung zugleich sein, denn nur so besteht die Chance, die Finanz- und Machtmittel der Gesellschaft zuordnen, zweckmäßig und richtig dafür die Erfüllung des individuellen Hilfsbedarfs einzuwenden.

b) Der Sozialarbeiter braucht Handlungsfreiheit, aber diese Freiheit kann nicht grenzenlos und frei von jeglicher Kontrolle sein. Ein relativ grober und zweckmäßig abgesteuerter Ermessensspielraum kann diesen Problem befriedigend lösen.

c) Der Sozialarbeiter kann sich nicht allein als Anwalt des einzelnen und der Bedürftigen verstehen. Er leistet bestimmte Hilfen im öffentlichen Auftrag und ist dem Klienten und der Öffentlichkeit gleichzeitig verpflichtet.

d) Sozialarbeit ist nicht Hilfe- oder Ermittlungsdienst für die Verwaltung oder für den Individuen, sondern ist ein eigenständiger Verwaltungsdienst, der ihm völlig die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und formellen Mittel der Verwaltung unter Berücksichtigung spezifischer, d. h. methodisch bzw. fachlich bestimmter Regeln anzuwenden fordert. Im Vordergrund müssen dabei fachbezogene Maßstäbe stehen.

Die Bedingungen, unter denen Sozialarbeit in der öffentlichen Verwaltung heute geleistet wird, lassen sich durch die unterschiedlichen zeitlichen Periode verfolgen. Sie haben sich lange Zeit nicht zueinander verhindert, sondern mithin drei verschiedene Ansätze für die praktische Arbeit, die sich auf verschiedene Methoden und Faktoren aufbauen, die nur im Sinne der Verwaltungslehre auf eine oder andere Weise intermediär vermittelt werden können.

Die Bedingungen der Arbeit, unter denen der Sozialarbeiter in der öffentlichen Verwaltung heute geleistet wird, lassen sich durch unterschiedliche zeitliche Periode verfolgen. Sie haben sich lange Zeit nicht zueinander verhindert, sondern mithin drei verschiedene Ansätze für die praktische Arbeit, die sich auf verschiedene Methoden und Faktoren aufbauen, die nur im Sinne der Verwaltungslehre auf eine oder andere Weise intermediär vermittelt werden können.

Die Bedingungen, unter denen Sozialarbeit in der öffentlichen Verwaltung heute geleistet wird, lassen sich durch die unterschiedlichen zeitlichen Periode verfolgen. Sie haben sich lange Zeit nicht zueinander verhindert, sondern mithin drei verschiedene Ansätze für die praktische Arbeit, die sich auf verschiedene Methoden und Faktoren aufbauen, die nur im Sinne der Verwaltungslehre auf eine oder andere Weise intermediär vermittelt werden können.

Die Bedingungen, unter denen Sozialarbeit in der öffentlichen Verwaltung heute geleistet wird, lassen sich durch die unterschiedlichen zeitlichen Periode verfolgen. Sie haben sich lange Zeit nicht zueinander verhindert, sondern mithin drei verschiedene Ansätze für die praktische Arbeit, die sich auf verschiedene Methoden und Faktoren aufbauen, die nur im Sinne der Verwaltungslehre auf eine oder andere Weise intermediär vermittelt werden können.

Die Bedingungen, unter denen Sozialarbeit in der öffentlichen Verwaltung heute geleistet wird, lassen sich durch die unterschiedlichen zeitlichen Periode verfolgen. Sie haben sich lange Zeit nicht zueinander verhindert, sondern mithin drei verschiedene Ansätze für die praktische Arbeit, die sich auf verschiedene Methoden und Faktoren aufbauen, die nur im Sinne der Verwaltungslehre auf eine oder andere Weise intermediär vermittelt werden können.

Die Bedingungen, unter denen Sozialarbeit in der öffentlichen Verwaltung heute geleistet wird, lassen sich durch die unterschiedlichen zeitlichen Periode verfolgen. Sie haben sich lange Zeit nicht zueinander verhindert, sondern mithin drei verschiedene Ansätze für die praktische Arbeit, die sich auf verschiedene Methoden und Faktoren aufbauen, die nur im Sinne der Verwaltungslehre auf eine oder andere Weise intermediär vermittelt werden können.

Die Bedingungen, unter denen Sozialarbeit in der öffentlichen Verwaltung heute geleistet wird, lassen sich durch die unterschiedlichen zeitlichen Periode verfolgen. Sie haben sich lange Zeit nicht zueinander verhindert, sondern mithin drei verschiedene Ansätze für die praktische Arbeit, die sich auf verschiedene Methoden und Faktoren aufbauen, die nur im Sinne der Verwaltungslehre auf eine oder andere Weise intermediär vermittelt werden können.

Die Bedingungen, unter denen Sozialarbeit in der öffentlichen Verwaltung heute geleistet wird, lassen sich durch die unterschiedlichen zeitlichen Periode verfolgen. Sie haben sich lange Zeit nicht zueinander verhindert, sondern mithin drei verschiedene Ansätze für die praktische Arbeit, die sich auf verschiedene Methoden und Faktoren aufbauen, die nur im Sinne der Verwaltungslehre auf eine oder andere Weise intermediär vermittelt werden können.
als formale Gruppen, wie beispielsweise Jugendl-
verbandsgruppen,
4. Die Prinzipien der Gruppenarbeit und die Anwend-
barkheit der Methode der Gruppenarbeit für die Sozialar-
bcdheit jejunale Art. Allerdings taucht bei der Fertigerhobung die Frage auf, ob je-
ner um jeden Preis zu gruppieren sei, was letzt-
lich an dem Grundsatz der Freiwilligkeit (vor-
 allem im Jugendlichenalter) festzulegen ist. Die mögliche Abwendung der Gruppe
wird dabei ein eigenes Symptom und Problem
darstellen.
5. Die Klärung der Zielvorstellungen und die Fest-
erung der Gruppenplan bestimmt Inhalt und
Methode der Gruppenarbeit. Bei „Gruppen auf
Ziel“ (z. B. bei der Praxisgruppe) sollte der einzel-
ne eher zum „Glückeladen“ zur Integration in
die Gesellschaft geführt werden.
6. Die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Gruppen-
formen erfordert empirische und analytische Un-
tersuchungen, Beobachtungen und Informationen,
Experiments und Modelle.
7. Die Fortführung der Diskussionsteilnehmer richtete
sich:
a) auf die Weckung des Selbstverständnisses der
Gruppenarbeit für alle Bereiche der Sozialar-
bcdheit, auch auf die Bewusstseinsbildung bei mu-
gedrungen staatlichen und kommunalen Stellen
damit
b) auf eine Anrechnung jedes in der Gruppenar-
bcdheit geleisteten Arbeitszusammen, was sich letzt-
lich in einer Ausweisung und Verbesserung der
Gruppenarbeit auswirkte.
c) auf die Fortsetzung der Diskussion über die
Methoden der Sozialarbeit auf der Ebene der
Bildung mit dem konkreten Vorschlag einer
anderen Themenaufstellung für die nächste So-
lzialarbeitsprägung, wobei der Gesamtbereich
selbstverständlich erst die unter der

Veränderungen in die Wege zu leiten. Es kann
nicht darum gehen, dass eine Modelle und Wert-
vorstellungen zu exportieren.
3. Das im Bundestag zur Besprechung vorliegende Ent-
wicklungshilfe-Gesetz wird begrüßt, weil es
a) eine weitreichende und reale Gleichstel-
lung der Entwicklungshilfe anstrebt und
b) weil es die Möglichkeit bietet, zwischen Wehr-
und Entwicklungsdienst zu wählen.
Es wird jedoch bedeuten, daß den Entwicklungshilfe-
herstellern im Gegenstaat zu den Angehörigen des Auswärtigen Dienstes das Wehrdienst während ihrer
Überseeausbildung vorbehalten bleiben soll.
4. Familienarbeit geht in die grundlegenden Be-
standteile jeder zukünftig zu gründenden Entwick-
 lungs- und Politik der Mitarbeiter in Projekten der
Familienarbeit nicht ohne Auswirkungen auf die heute belebten sowie die in Zukunft zu erwartenden Verhält-
nisse sein wird. Der Schritt zu einer genauer definiti-
nierten Beziehung und Koordination der zentralen Bedeutung eines derartigen Auszugs zur vorhandenen Möglichkeiten zu
5. Die Bestimmungen, nach denen öffentliche Mittel
auch für die Entwicklungshilfe ökonomisch zu
eignen sind, erweitern sich aufgrund der Tat-
sache, daß die im vorigen Jahrhundert in ihren
terschiedlichen Gründen konzipiert worden sind
und sich in einer industriell geprägten politischen
Hintergrund, die uns durch neue, seit- und sorgenfüllige Bestimmun-
gen zu ersetzen, ist voll zu unterstützen.
7. Die Tatsache, zwei oder mehr Jahre in Übersee
arbeitet zu haben, darf nicht zu einer beruflichen
und menschlichen Schlechterstellung nach der
Rückkehr der Entwicklungsdienstleister führen.
Rückkehrer aus Übersee haben in der Regel eine
zusätzliche Qualifikation erworben so
a) ausreichendes technisches Engagement,
b) erhöhte Verantwortungsbereitschaft und größer-
eren Verantwortungsbezirken, auch über die
engen örtlichen Bereiche hinaus,
c) die Fähigkeit, Wissen zu vermitteln, sowie
d) Wettbewerbsfähigkeit und zusätzliche Sprachkenntnisse. Diese
Tatsachen müssen von den zuständigen
Institutionen stärker als bisher in das Bild der
öffentlichkeit gebracht werden.
Für den Rückkehrer ergibt sich daraus die Verpflichtung:
a) Vorurteile, vor allem solche rassistischer Art, abzubauen, b) die tatsächlichen Probleme der Entwicklungsland darzustellen und somit zu einer besseren Information der Bevölkerung und zu einer Verbreitung des Gedankens internationaler Solidarität beizutragen.


Fachliche Leitung: Dr. Barbara v. Renthe-Fink, Berlin
Dissertationsleiter: Dr. Ingeborg Mutter-Düsing, Bonn


Praktische Aufgaben für den Sozialarbeiter sind:

Seit Margret Seenger sich 1930 erstmals für Familienplanung eingesetzt hat, sind Zeit vergangen, und der Gedanke hat sich immerfort durchgesetzt. Sozialdeutsche Zeitschriften und die politische Weltorganisationen haben die Vereinten Nationen das Problem des Bevölkerungswachstums angesprochen, und die Weltgesundheitsorganisation hat 1967 eine Empfehlung an ihre Mitgliedstaaten ausgesprochen, die Familienplanung in die Vorrangmaßnahmen für Muttermutter und Kind einzubauen.

Als konkrete Forderungen wurden aufgestellt:
1. Einbau der Methoden der Sozialerziehung und der Kenntnisse über Familienplanung in Alltag und Fortbildung des Sozialarbeiters.
2. Schaffung einer ausreichenden Zahl von Beratungsstellen, in denen Ärzte und Sozialarbeiter eng zusammenarbeiten.
3. Beratungsstellen in Massenunterkünften und verantwortlichen Siedlungsbeiräten aber auch für ländliche Gebiete müssen mobile Beratungsstellen geschaffen werden.
„Vorbausende Maßnahmen der Gesundheitsfürsorge“

Zum Abschluß bestand einheitliche Meinung dafür, daß Familienplanung auf dem Hintergrund des Menschenrechts gesehen werden muß, denen das Jahr 1968 gewidmet ist. In einer von vielen Staaten unterzeichneten Deklaration heißt es:

„Wir glauben, daß die große Mehrheit der Eltern Kenntnisse und Möglichkeiten zu besitzen wünscht zur Pflege ihrer Familie, und daß es ein grundlegender Menschenrecht ist, über die Entscheidung über die Zahl und des Altern der Kinder zu entscheiden."

Hier liegt eine der Aufgaben des Sozialarbeiters in der künftigen Gesellschaft.

Schlußwort

Richard Haar:


